

II-1971 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 26. Nov. 1968

No. 975/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Frühbauer, Luptowits, Zankl, Lukas,
Eberhard und Genossen
an den Bundesminister für Bauten und Technik,
betreffend die Resolution des Elternvereines der Volksschule Gottestal-Wernberg vom 6. Okt. 1968.

.....

Der Elternverein der Volksschule Gottestal-Wernberg hat am 6. Okt. 1968 eine Resolution folgenden Wortlautes gefaßt:

"Bekanntlich ist die Bundesstraße 17 im Abschnitt Klagenfurt-Villach eine der frequentiertesten in Österreich. Nun ist das Überqueren der Straße durch ihre Verbreiterung im Ortsbereich Wernberg zu einem noch größeren Risiko geworden und bedeutet für die rund hundert Schulkinder, die aus den Schulsprenkeln Gottestal und Damtschach täglich zweimal die Straße überschreiten müssen, eine Gefahrenquelle größten Ausmaßes.

Es zeigt von einer beängstigenden Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit, wenn im Zuge des Ausbaues dieser Straße zu einer Schnellstraße, die Millionen Schilling verschlingt, die Möglichkeiten eines sicheren Überquerens der Straße nicht miteingeplant werden.

Diese Schutzengelansichten der zuständigen Stellen rufen bei den Eltern dieser, den größten Gefahren ausgesetzten Kinder Bitterkeit hervor, und es klingt wie eine Ironie, wenn das gegenwärtige Schwerpunktprogramm des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, aber auch des Unterrichtsministeriums der Sicherung des Schulkindes gilt.

- 2 -

In der Hoffnung, daß es nicht erst zu einer "angemessenen Zahl" von Unfällen kommen muß - einen gab es bereits - damit die verantwortlichen Stellen zur Beseitigung dieses Gefahrenherdes schreiten, richtet die Elternschaft des Schulsprengels Gottestal wie des Schulsprengels Damtschach die Bitte und Forderung, noch vor Fertigstellung der Schnellstraße dafür zu sorgen, daß

1. Eine Fußgängerunterführung zwischen den Liegenschaften Smole und Anetter nach Norden gebaut wird, da nur eine solche eine hundertprozentige Sicherheit gewährleistet,
2. bis zur Fertigstellung dieser Unterführung ein Zebrastreifen und eine Verkehrsampel angebracht werden, oder das Überqueren bei Überwachung durch die Gendarmerie geschieht.

Die Elternschaft lehnt es jedoch grundsätzlich ab, die Sicherheit an der Straße selbst zu übernehmen, wie sie von einem Amt vorgeschlagen wurde.

Sollte diese Resolution jedoch binnen einem Monat keine positiven Schritte der zuständigen Stellen zeigen, ist die Elternschaft in Anbetracht der Gefährlichkeit und in Sorge um das Wohlbefinden ihrer Kinder nicht in der Lage, diese weiter in die Schule zu schicken, und würde durch einen Schulbusstreik die Öffentlichkeit auf die Mißstände im Ortsbereich Wernberg aufmerksam machen.

Möge der Aktenweg kurz und die positive Erledigung einer Forderung, die eine Selbstverständlichkeit sein sollte, schnell sein, damit nicht junge Menschen den Preis einer Fehlplanung mit ihrem Leben bezahlen müssen."

Die unterfertigten Abgeordneten erklären, daß sie die wiedergegebene Resolution voll unterstützen. Sie richten sich an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die

A n f r a g e :

Welche sofortigen Maßnahmen werden Sie im Hinblick auf diese Resolution ergreifen?